

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des

Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede

Meile der Demokratie

am 17.1.2015 in Magdeburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die höchste Aufgabe des Menschen ist zu wissen, was einer sein muss, um ein Mensch zu sein“.

Immanuel Kant hat das formuliert und es scheint mir gerade auch in diesen Tagen eine gute Maxime. Millionen Menschen nicht nur in Frankreich, sondern in aller Welt haben nach den furchtbaren Anschlägen deutlich gemacht: Nicht Herkunft, nicht Religion, nicht Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit sollten unser Handeln bestimmen, sondern die Grundwerte der Menschlichkeit und der demokratischen Gesellschaft.

Die Attentäter von Paris haben auf einzelne Menschen gezielt, getroffen haben sie uns alle. Aber unsere demokratische Gesellschaft ist getragen von Zusammenhalt und Toleranz. Das hat auch die Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin deutlich gemacht, zu der die Vertretungen der Muslime aufgerufen hatten. Viele Organisationen, die Bundesregierung, die Parteien und der Bundespräsident sind ihrem Ruf gefolgt, auch der Deutsche Gewerkschaftsbund.

10.000 Menschen haben gemeinsam und friedlich gezeigt: Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir stehen zusammen für eine offene Gesellschaft, deren Grundlage auch der Respekt vor den Haltungen Andersdenkender ist.

Gewerkschaften wissen aus leidvoller Erfahrung während des Nationalsozialismus wie es ist, wenn Menschen ausgegrenzt, verachtet, gefoltert und am Ende sogar getötet werden.

Es ist mir deshalb eine Herzensangelegenheit, heute hier zur Eröffnung der „Meile der Demokratie“ zu Ihnen, zu Euch sprechen zu können.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich seit Jahrzehnten im Alltag und in vielen Projekten, in Städten und Gemeinden, aber auch bundesweit dafür ein, dass Rassismus und rechtsextrems Gedankengut nicht an Boden gewinnen. Ein Beispiel ist seit fast 30 Jahren der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“, der sich für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagiert.

Leider zeigt sich in diesen Tagen wieder, wie dringend notwendig dieses Engagement ist.

Auch hier in Magdeburg beteiligen sich unsere Kolleginnen und Kollegen seit vielen Jahren an den Aktionen gegen die Neonazis und ihren Versuch, das Gedenken an die Bombardierung der Stadt für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Sie alle, Ihr alle habt mit der „Meile der Demokratie“ Jahr für Jahr ein wichtiges Zeichen gegen den braunen Sumpf gesetzt.

Dass hier heute kein bundesweiter Aufmarsch der rechtsextremen Szene stattfindet ist ein Erfolg aller, die sich subjektiv mit Beharrlichkeit, Engagement und mit unermüdlichem Einsatz in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen die sogenannten „Trauermärsche“ der Nazis eingesetzt haben. Dennoch heißt es weiter wachsam zu sein.

Die sogenannten „Patriotischen Europäer“ demonstrieren seit Wochen gegen die angebliche „Islamisierung des Abendlandes“. Der Magdeburger Ableger will am Montag unter dem Label „Magida“ hier in der Stadt demonstrieren.

Viele Menschen gehen dorthin, weil sie nach einfachen Antworten auf schwierige Fragen suchen. Sie fürchten sich vor dem, was sie nicht kennen, sie fühlen sich von der Politik allein gelassen.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten versuchen, diese Ängste und Unsicherheiten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

An der Organisation der Demonstrationen sind oft führende Neonazis, Mitglieder der NPD und anderer rechtsextremer Vereinigungen beteiligt. Sie versuchen, ihr menschenverachtendes Gedankengut unter dem Deckmantel „Pegida“ in breite Bevölkerungsschichten zu tragen.

Sie machen Stimmung gegen Muslime, Flüchtlinge, Asylbewerber, Migranten.

Sie schimpfen die freien und demokratischen Medien „Lügenpresse“ und benutzen damit genau die Worte, mit denen die Nazis schon vor 1933 gegen Meinungs- und Pressefreiheit agitiert haben.

Es ist ein Hohn, dass sie nun sogar den Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit in Paris, die Ermordung der Karikaturisten von „Charlie Hebdo“, für ihre Zwecke nutzen wollen und so tun, als seien sie die Hüter dieser demokratischen Werte.

Nein, dieses Feld werden wir ihnen nicht überlassen: Ausgrenzung von Menschen, egal aufgrund welcher Merkmale, kann niemals in unserer Gesellschaft akzeptiert werden.

Heute sind es die Flüchtlinge, die Asylsuchenden, die Mensch muslimischen Glaubens, auf die sie ihren Hass richten.

Morgen können es alle Fremden sein, alle Arbeitslosen oder Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Ebenso, wie hier in Magdeburg die Erinnerung an die Bombardierung nicht für rechtsextreme Zwecke missbraucht werden darf, darf auch die Bezeichnung „Montagsdemo“ nicht entwertet und verunglimpft werden.

Alle, die 1989 auf die Straße gegangen sind und sich gegen politische Unterdrückung aufgelehnt haben, sollten heute wieder aufstehen, um gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz zu demonstrieren.

Es ist deshalb gut, dass in vielen Städten bereits deutlich mehr Menschen an den Demonstrationen gegen „Pegida“ und ihre Ableger teilnehmen als dafür.

30.000 waren es beim letzten Mal in Leipzig, 20.000 in München und viele Tausende in anderen Städten in der ganzen Republik. Und immer sind darunter auch viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Soziale Ausgrenzung und Unsicherheit bereiten den Boden für Denkweisen und populistische Kräfte, die den Nationalismus als Allheilmittel propagieren.

Wir erleben seit einigen Jahren das Erstarken europafeindlicher, rechtspopulistischer und -extremistischer Parteien in vielen Ländern Europas.

Ob der französische Front National, der Vlaams Belang in Belgien oder UKIP in England – sie alle werben mit scheinbar einfachen Lösungen, mit denselben nationalistischen Parolen und der Ausgrenzung von Migranten und Asylsuchenden.

Und dann gibt es da noch die „Alternative für Deutschland“, bei der einige Funktionäre jetzt schon „Schnittmengen“ zur „Pegida“ sehen. Auch ihre Wählerinnen und Wähler werden oft geleitet von Ängsten und Vorurteilen.

Gegen Ängste und Vorurteile aber hilft nur Aufklärung. Auch deshalb müssen wir die Debatte um Asyl und Integration sachlich und vernünftig führen.

Seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen finanziell ordentlich ausgestattet und unterstützt werden müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen rechtzeitig beteiligt und informiert werden. Wenn sie Gelegenheit haben mit denjenigen, die bei uns Aufnahme und Schutz suchen, ins Gespräch zu kommen, besteht eine Chance, dass gegenseitiges Verständnis entsteht.

Denn was ich kenne, macht mir weniger Angst und wen ich kenne, den schütze ich, anstatt ihn zu bedrohen. Menschlichkeit und Respekt entsteht, wenn Menschen miteinander sprechen, wenn sie sich kennenlernen, ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten ausloten. Dann können wir darauf hoffen, dass diese Aussage überflüssig wird, nämlich dass viele sagen, es gibt zu viele Flüchtlinge, die Flüchtlinge aber sagen, es gibt zu wenig Menschen.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sich in der CDU mittlerweile immer mehr Stimmen melden, die eine neue Ausrichtung der Einwanderungspolitik fordern. Ein Anliegen, das SPD und Grüne bereits seit langem verfolgen.

Damit wird nun endlich akzeptiert, was schon lange Realität ist: Wir brauchen Einwanderung, wir wollen Einwanderung und wir sind längst schon ein Einwanderungsland. Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten und Zuwanderer bereichern unser Land.

Mit ihren Sichtweisen, Erfahrungen, Ideen und ihre Fähigkeiten. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft weniger bunt und vielfältig. Und auch das gehört zu den Fakten, die viele nicht wissen: Ohne die Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, würde die Bevölkerung in Deutschland jedes Jahr um 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner schrumpfen. Viele, die kommen, tragen dazu bei, dass unsere Sozialsysteme stabilisiert, nicht „geplündert“ werden, wie es die Demagogen von rechts verkünden.

Sie arbeiten hier, sie bringen sich in diese Gesellschaft ein, sie identifizieren sich mit den demokratischen Werten, die die Basis unseres Zusammenlebens sind.

Gemeinsam sagen wir deshalb laut und deutlich:

Wir wollen, dass unser Land in Europa für Weltoffenheit, Demokratie und Menschenwürde steht. Deshalb setzen wir heute gemeinsam ein Zeichen gegen Ausgrenzung, Rassismus und Nationalismus.

Wir sagen gemeinsam: Freiheit und Vielfalt gehören zu unserem Europa. Deutschland ist bunt, nicht braun!

Deutschland ist und bleibt demokratisch. Wehret den Anfängen!